Bezugs-Preis
für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure zweimal täglich ins Haus gebracht: 90 ₰ monatl., 2.70 ℳ vierteljährl. Bei unseren Filialen u. Annahmestellen abgeholt: 75 ₰ monatl., 2.25 ℳ vierteljährl.
Durch die Post:
innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährl. 3.60 ℳ, monatl. 1.20 ℳ ausschl. Postbestellgeld, ferner in Belgien, Dänemark, den Donaustaaten, Italien, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Oesterreich-Ungarn, Russland, Schweden, Schweiz u. Spanien. In allen übrigen Staaten nur direkt durch die Geschäftsstelle des Blattes erhältlich.
Das Leipziger Tageblatt erscheint zweimal täglich, Sonn- u. Feiertags nur morgens. Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.
Einzelverkaufspreis der Morgenausgabe 10 ₰, der Abendausgabe 5 ₰.
Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisgasse 8.
Fernsprecher: 14692, 14693, 14694.

Morgen-Ausgabe.
Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene 50 mm breite Petitzeile 25 ₰, die 74 mm breite Reklamezeile 1 ℳ, von auswärts 30 ₰, Reklamen 1.20 ℳ. Inserate von Behörden im amtlichen Teil die 74 mm breite Petitzeile 40 ₰.
Geschäftsanzeigen mit Platzvorschriften und in der Abendausgabe im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Beilagegebühr 5 ℳ p. Tausend exkl. Postgebühr.
Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.
Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).
Haupt-Filiale Dresden: Seestraße 4, I (Telephon 4621).

Nr. 87. Mittwoch, den 30. März 1910. 104. Jahrgang.

Das Wichtigste.

* Am heutigen Mittwoch nimmt die Zweite Kammer des sächsischen Landtags ihre Arbeiten wieder auf.

* **Der bei dem am Sonntag in Dresden veranstalteten nationalen Wettfliegen aufgestiegene Ballon „Leipzig" ist am Montagnachmittag bei Golubatz (Serbien) glatt gelandet. (S. Letzte Dep.)**

* Der preußische Herrenhauspräsident v. Manteuffel fordert zur Sammlung einer Ehrengabe für die Berliner Schutzleute auf. (S. Dtschs. R.)

* Nach Meldungen aus Abessinien lebt Negus Menelik noch. Die Absetzung der Kaiserin Taitu ist endgültig erfolgt. Der Fremdenkolonie ist der Schutz der neuen Regierung zugesichert worden. (S. Ausl.)

* **Nach einem amtlichen Bericht beträgt die Zahl der bei der Brandkatastrophe in dem ungarischen Dorf Oetkörito Umgekommenen 300.** (S. Tageschronik.)

Wertvolle Erfahrungen.

In dem durch den Tod des Grafen Stolberg-Wernigerode verwaisten ostpreußischen Reichstagswahlkreis Lyck-Oletzko-Johannisburg ist ein Wahlkampf entbrannt, dessen Verlauf in mehr als einer Beziehung interessant zu werden verspricht. Seit Jahren gehört dieser Wahlkreis zum Besitzstand der Konservativen, diesmal treten mit ihnen die Nationalliberalen in ernstlichen Wettbewerb um das erledigte Mandat. Dieses aus der politischen Situation der Gegenwart ohne weiteres verständliche Beginnen bereitet den herrschenden Gewalten in dem Wahlkreise arge Pein. Der behördliche Apparat funktioniert ja in Preußen, wie allgemein bekannt, stets ganz tadellos, wenn konservative Interessen zu wahren sind; aber es machen sich sofort Betriebsstörungen bemerkbar, wenn auch nichtkonservative und doch gut nationale Leute in durchaus statthafter Weise besagten Apparat in Anspruch nehmen. Man sollte meinen, daß in einem Staate, dessen Ministerpräsident die Unparteilichkeit der Beamten feierlich verkündet hat, einseitige Behandlungen einzelner Parteien nicht vorkämen, indes eine Sonderausgabe der „Natl. Korr." belehrt denn doch recht eindringlich eines anderen. Auf einer am 22. März in Johannisburg abgehaltenen Versammlung konnte Generalsekretär Breithaupt-Berlin eine recht stattliche Blütenlese derartiger Merkwürdigkeiten aufweisen. Wir geben davon das Wertvollste auch unseren Lesern bekannt, da das in der „Natl. Korr." gesammelte schätzbare Material interessante Einblicke in die seelische Verfassung ostpreußischer Behörden gestattet. Daß gerade die preußischen Nationalliberalen in dem Wahlkreise trübe Erfahrungen machen müssen, erfüllt uns mit aufrichtigem Bedauern, dünkt uns aber zugleich erzieherisch für die Zukunft, wo der große Kampf zwischen liberaler und konservativer Weltanschauung auch in Preußen durchgekämpft werden muß. Nun die Proben für die Freundlichkeiten ostpreußischer Behörden:

„Der Führer der konservativen Partei im Wahlkreise Lyck-Oletzko, Herr Justizrat Siebert, hat — so lesen wir in der Rede des Generalsekretärs Breithaupt in dem zitierten Organ — an die Vertrauensmänner der konservativen Partei ein Rundschreiben ergehen lassen, und es ist vielleicht nur ein merkwürdiger Zufall, daß diese Vertrauensmänner meist auch die Gemeindevorsteher sind. In diesem Schreiben werden die sehr geehrten Herren Vertrauensmänner ebenso herzlich wie dringend gebeten, dem konservativen Wahlbureau eine Abschrift der Wählerliste zuzustellen, und es wird dabei hinzugefügt, daß sie nicht verpflichtet seien, für Anhänger anderer Parteien eine derartige Wählerliste anzufertigen. Wenn die anderen Parteien diese Wählerlisten zu besitzen wünschten, dann möchten sie ihre eigenen Leute hinausschicken und die Listen sich durch diese abschreiben lassen. Das Schreiben war durchaus einwandfrei abgefaßt. Herr Siebert ist Jurist, er hat genau gewußt, was er geschrieben hat, und ich bin überzeugt, daß er keinesfalls die Absicht gehabt hat, die Vertrauensmänner, die gleichzeitig Gemeindevorsteher sind, irgendwie irrezuführen. Aber eine Irreführung ist tatsächlich eingetreten, denn verschiedenen derjenigen Männer, die wir hinausgeschickt haben, um die Listen abzuschreiben, ist gesagt worden: „Ja, das hat uns Herr Justizrat Siebert verboten." Dadurch haben wir erst erfahren, daß ein solches Rundschreiben erlassen ist. Im übrigen sind wir auch sonst gerade nicht auf ein objektives Entgegenkommen der Gemeindevorsteher gestoßen. Ich nehme an, daß nicht böser Wille vorgelegen hat, sondern daß die Herren einer erstmalig einsetzenden ernsten Wahlbewegung gegenüber mehr oder weniger ratlos sind. Manchen unserer Boten ist es übel ergangen. Aber es hat uns schließlich doch nur einen vorübergehenden Aufenthalt bereiten können. Wir haben selbstverständlich jeden Widerstand der Gemeindevorsteher dem Königlichen Landratsamt übermittelt, und das Landratsamt Lyck hat sofort aufklärend und belehrend auf die Gemeindevorsteher eingewirkt."

Bitterer waren die Erfahrungen der Nationalliberalen mit dem Landratsamt Johannisburg. Dort haperte es mit der Erlaubnis zum Abschreiben der Wählerlisten. Natürlich beschwerten sich die Nationalliberalen über dieses Hemmnis, aber deren Obmann, der Kreistierarzt Dr. Thomella, erhielt folgenden herrlich bureaukratischen Bescheid: „Ihrer heute nachmittags telephonisch angebrachten Beschwerde über den Gutsvorsteher Deschner in Dlottowen kann nicht stattgegeben werden, weil nach § 2 des Reglements vom 28. Mai 1870 und vom 18. April 1900 die Wählerliste zu jedermanns Einsicht, aber nicht zur Abschriftnahme auszulegen ist." Das steht im Widerspruch zu ministeriellen Entscheidungen und zu wiederholten Stellungnahmen im Reichstage. Es widerspricht auch der sonst geübten Gepflogenheit in allen anderen Wahlkreisen des Reiches." Aber das Landratsamt in Johannisburg ist eben anderer Ansicht und muß nun erst auf ministeriellem Umwege aufgeklärt werden. Selbstverständlich spielt auch das nette Mittel der Saalabtreibungen eine große Rolle. Darüber erzählt Generalsekretär Breithaupt in der „Natl. Korr." folgendes erbauliche Geschichtchen:

„Besonders gesinnungstüchtig erwies sich der Gemeindevorsteher von Seegatten (Kreis Johannisburg). In diesem Orte war für Sonntag, den 20. März, eine öffentliche nationalliberale Wählerversammlung angesagt. Dem Gemeindevorsteher paßte das augenscheinlich nicht in seinen Kram. Er sandte daher nachmittags, ohne dazu von irgendeiner Seite ermächtigt zu sein, den Amtsdiener Haus bei Haus herum und ließ die Versammlung absagen. Als am Abend Herr Kreisarzt Dr. Thomalla mit dem Versammlungsredner erschien, war niemand im Versammlungslokale anwesend. Der Sachverhalt wurde sofort aufgeklärt und ebenso schnell alle Wähler des Ortes zusammengerufen, die sich etwa 125 Mann hoch auch einfanden, und dem, was ihnen vorgetragen wurde, lebhaft zustimmten. Als Herr Dr. Thomalla den Gemeindevorsteher wegen seines unerhörten eigenmächtigen Verfahrens zur Rede stellte, sagte der brave Mann in etwas unbedachter Weise: „Ich bin Ihnen außerhalb meines Amtszimmers keine Antwort schuldig." Damit hat der Mann zu erkennen gegeben, daß er sich zur Absage der nationalliberalen Versammlung amtlich befugt glaubte."

Aber das auserlesenste Stückchen kommt noch. Wir lassen auch hier wieder den Bericht für sich selbst sprechen: „In einem Falle, wo unser Bote dort draußen mit dem Gemeindevorsteher hin und her parlamentiert hat, er möge ihn die Liste abschreiben lassen, und der Bote ihm dann sagte: „Dann wollen wir noch eine Stunde warten, Sie bekommen dann telegraphische Anweisung des Landrats", da hat der Gemeindevorsteher, als das Telegramm ankam, die Annahme desselben verweigert. Er wußte ja, was darin stand. Und die Post hat dem Königlichen Landratsamt in Lyck das Telegramm wieder zur Verfügung stellen müssen mit dem Bescheid: Adressat verweigert die Annahme. Natürlich hat das Landratsamt Lyck weiter dahinter gegriffen und diesen merkwürdigen Gemeindevorsteher zu Protokoll vernehmen lassen. Da erklärt der Mann in aller Gemütsruhe, er habe die Annahme verweigert, weil er ja Deutsch nicht lesen könne."

Diese Offenbarungen lösten bei der Versammlung, der sie zuteil wurden, begreiflicherweise große Heiterkeit aus. Aber sicher wird sich jeder der Versammlungsteilnehmer nachher auch über die ungemein ernste Seite solcher Feststellungen klar geworden sein. Zu den politischen Rückständigkeiten kommt hier ein höchst betrübliches Kulturbild. Ein preußischer Gemeindevorsteher, der behauptet, nicht Deutsch zu können. Wir achten sehr gern den Rat des Herrn v. Bethmann Hollweg, keine Verallgemeinerungen vorzunehmen, aber diese höchst sonderbare, tiefbeschämende Singularität zwingt uns wenigstens die Frage auf die Lippen: „Weshalb hat der zuständige Landrat, der doch von diesem Mangel Kenntnis haben mußte, hier nicht längst für das Rechte gesorgt? Was für traurige Rückschlüsse auf das Germanisierungswerk im Osten gestattet ein derartiger Fall! Wie mag es um das Deutschtum jener östlichen Gemeinde bestellt sein, deren Oberhaupt der deutschen Sprache nicht mächtig ist! Die preußische Regierung sollte es den Nationalliberalen danken, daß sie einmal hier planvoll vorgegangen sind und dadurch bedenkliche Schäden aufgedeckt haben. Die politischen Schäden lassen sich ja am Ende reparieren, denn der preußische Ministerpräsident will ja kein Parteiregiment, aber wie gedenkt man den viel ärgeren kulturellen Schäden in jenen Gegenden zu begegnen? Wird die preußische Regierung auch aus diesen bitteren Erfahrungen des jüngsten, aber so außerordentlich aufschlußreichen Wahlkampfes im Deutschen Reiche lernen?

Der Bulgaren-Zar beim Sultan.

(Von unserm Konstantinopeler K-Korrespondenten.)

* **Konstantinopel,** Ende März.

Die ausländische und auch die einheimische Presse ergeht sich in den verschiedensten Vermutungen über die Absichten, welche Zar Ferdinand durch seinen (inzwischen beendeten) Besuch in Konstantinopel verfolgt, und die fast alle darauf ausgehen, daß die mazedonische Frage, die durch angebliche Vorverhandlungen bereits zu einem für Bulgarien günstigen Abschluß gekommen wäre, durch Zar Ferdinand definitiv geregelt werden solle. Gegenüber diesen Vermutungen wird aus türkischen und bulgarischen offiziellen Kreisen versichert, daß der Besuch des Königs von Bulgarien beim Sultan einzig und allein den Zweck verfolge, die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Nachbarländer noch zu stärken, und daß von den beiden Regierungen von vornherein bedungen gewesen sei, während des Aufenthaltes des bulgarischen Königs weder die mazedonische Frage, noch die inneren Angelegenheiten auch nur eines Teiles des osmanischen Reiches zu erörtern.

Die Gründe, welche den Herrscher Bulgariens auf einer ersten Reise als König nach dem Auslande zuerst nach Petersburg führten, sind sattsam bekannt. Wenn Ferdinand im Anschluß an seinen Besuch in Petersburg nach Konstantinopel kam, so verfolgte er damit den Zweck, der Türkei zu beweisen, daß er in Rußland bezüglich des status quo auf dem Balkan keinen den Interessen des osmanischen Reiches entgegengesetzten Plänen nachgehe und daß sein Besuch beim Sultan nur dem befreundeten Nachbarstaat und dessen Herrscher gelte.

Der Aufenthalt des Zaren Ferdinand, der mit der Parade offiziell sein Ende fand, soll dies denn auch bewiesen haben, und die türkische Presse, die anfangs über den bulgarischen Besuch mißtrauisch war, hat infolge des taktvollen Auftretens des diplomatischen Koburgers vollständig umgeschwenkt.

*

Das bulgarische Königspaar besuchte mit seiner Suite die auf der Stambuler Seite am Goldenen Horn gelegene bulgarische Kirche, wo ihm zu Ehren ein Tedeum zelebriert wurde. Nachdem das Königspaar in den Merassim-Kiosk zurückgekehrt war, empfing die Königin den Besuch des kaiserlichen Harems und erhielt von den Damen eine künstlerisch ausgestattete orientalische Kassette mit kostbaren Parfümerien zum Geschenk.

Nach dem Besuch des Harems bei der Königin faßte der König, der bekanntlich die Ueberraschungen liebt, den Entschluß, unerwartet das Parlament zu besuchen und fuhr mit der Königin und einer kleinen Suite vor dem Parlaments-Palais am Bosporus vor. Das Königspaar wurde am Fuß der Treppe von dem Vizepräsidenten begrüßt und in die Hofloge geleitet, bei deren Betreten der König die Kopfbedeckung abnahm. Die Abgeordneten, die leider nur in geringer Anzahl vertreten waren, begrüßten das Königspaar durch Beifallklatschen. Die Gäste wohnten einem Teil der Sitzung bei, machten dann einen Rundgang durch das Palais und kehrten darauf nach dem Merassim-Kiosk zurück.

Die Truppenrevue fand auf dem Paradefeld beim Freiheitshügel statt. Schon vom frühen Morgen an strömten ungeheure Volksmengen nach dem Paradefeld hinaus, weder der bewölkte Himmel noch der ziemlich heftige Sturm konnte die Schaulustigen abhalten, den weiten Weg nach Schischli anzutreten und sie war auch sehenswert, die Parade, vielleicht die größte, seit dem Bestehen des osmanischen Reiches. Gegen 2 Uhr kam im Kriegsautomobil der Kriegsminister Mahmud Scheffet Pascha an, um die Truppen zum letzten Male zu inspizieren. Pünktlich um ½3 Uhr verkündeten Trompetensignale das Herannahen des Sultans und seiner Gäste. Die Truppen präsentierten das Gewehr, die Musikkapellen stimmten den Sultansmarsch und die bulgarische Nationalhymne an und im langsamen Schritt fuhren die beiden Majestäten, denen in einem zweiten Wagen die bulgarische Königin mit dem Thronfolger folgten, die Reihen der Soldaten entlang. Nachdem der Sultan und seine Gäste in dem kaiserlichen Zelte Platz genommen hatten, begann zuerst der Vorbeimarsch der aus 29 Bataillonen bestehenden Infanterie, denen die Kavallerie und Artillerie, zusammen 40 000 Mann, folgten.

König Ferdinand war über die Haltung und Disziplin der Truppen sehr überrascht, er drückte dem Sultan und dem Kriegsminister seine Bewunderung aus und verließ dann mit der Königin das Paradefeld. Damit hatte der offizielle Besuch des bulgarischen Herrscherpaares, wie schon bemerkt, sein Ende erreicht. Die Tage bis zur Abfahrt am Montag benutzte das Königspaar zur Besichtigung der Sehenswürdigkeiten, sowie zu einem Ausflug auf den Bosporus.

Deutsches Reich.

Leipzig, 30. März.

* **Der Landesverein der Deutschen Reformpartei im Königreich Sachsen** wird Sonntag, den 10. April eine Vertrauensmännerversammlung in Meißen veranstalten. Auf der Tagesordnung stehen die Vorarbeiten für die nächsten Reichstagswahlen und die Wahl der Obmänner für die sächsischen Reichstagswahlkreise.

*

* **Konteradmiral Gerdes,** bisher beauftragt mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Direktors des Waffendepartements des Reichsmarineamtes, ist zum Direktor dieses Departements ernannt worden.

* **Eine diplomatische Beförderung.** Die „Nordd. Allg. Ztg." meldet: „Dem Vernehmen nach ist dem derzeitigen Attaché bei der kaiserlichen Botschaft in Paris, Dr. jur. Leopold Hoesch, die kommissarische Verwaltung der Stelle des Zweiten Sekretärs bei der kaiserlichen Botschaft in Madrid übertragen worden." Hoesch ist einer der ganz wenigen Bürgerlichen im diplomatischen Dienst. Seine Beförderung gerade jetzt ist doppelt interessant nach der Kontroverse Stresemann-Schoen. Uebrigens ist Hoesch der Sohn des Mitglieds der Ersten sächsischen Kammer, Kommerzienrats Hoesch.

* **Ein Phantasieprodukt.** Die römische „Tribuna" bringt ein Interview mit einem deutschen Diplomaten, wobei sie durchblicken ließ, daß der Betreffende der Umgebung des Reichskanzlers angehöre. Obschon der Inhalt des Interviews die Haltlosigkeit dieser Behauptung dartut, muß festgestellt werden, daß der Reichskanzler selbst erklärt hatte, keinen Interviewer zu empfangen, und daß überhaupt keine Anfrage von irgend jemand angenommen wurde.

* **Den „Kampf gegen präsidiale Entgleisungen"** will die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nach Ostern aufnehmen. Der Abg. Ledebour veröffentlicht mit Namensunterschrift im „Vorwärts" einen Artikel, worin eine parteiische Handhabung der Geschäftsführung im Reichstag den gegenwärtigen drei Mitgliedern des Reichstagspräsidiums vorgeworfen wird. Im Anschluß an eine Schilderung der Szenen, die durch den Abg. v. Oldenburg am 29. Januar und am 17. März im Reichstage hervorgerufen worden sind, hebt Abg. Ledebour hervor, daß in derselben Sitzung am 17. März der freikonservative Abg. Frhr. v. Gamp mit Bezug auf die Oberrechnungskammer den Ausdruck „Kinderei" unbeanstandet gebrauchen durfte, für den Abg. Haußmann einen Ordnungsruf erhielt, als er ihn mit Bezug auf den Abg. v. Oldenburg anwandte. Ferner schreibt Abg. Ledebour: „Das Verhalten des Grafen Schwerin gegenüber Herrn v. Oldenburg ist wegen der Vertagung für die Osterferien im Reichstag aber noch nicht zum Austrag gebracht worden. Es handelt sich da um „die indirekte Herausforderung zum Duell, die Herr v. Oldenburg in jener letzten Reichstagssitzung sich erlaubt hat."

* **Abberufen.** Der bayrische Militärbevollmächtigte in Berlin Generalmajor Freiherr von Gebsattel, der zum Generalleutnant ansteht, wird mit seiner Beförderung von Berlin abberufen werden, um in die Front zurückzutreten. Es wird hierzu versichert, daß die Veranlassung zu seinem Scheiden von Berlin lediglich die bevorstehende Beförderung sei.

* **Zur Mannesmann-Angelegenheit.** Wie verlautet, werden alsbald Einigungsverhandlungen zwischen dem Mannesmann-Syndikat und der Union des Mines marocaines aufgenommen werden. Bekanntlich hatten sich die Gebrüder Mannesmann geweigert, in Vergleichsverhandlungen einzutreten, bevor der Reichstag in der Frage gesprochen hätte. Nachdem dies geschehen ist, hofft man, daß die Verhandlungen bald in Fluß kommen und zu einem für beide Teile befriedigenden Ergebnis führen werden.

* **Schuckmanns Abschied aus Südwest.** Ueber die Gefühle, mit denen Gouverneur v. Schuckmann aus Südwestafrika Abschied genommen habe, weiß ein Gewährsmann der „Windhuker Nachrichten" folgendes zu berichten: „Gelegentlich einer Abendgesellschaft, die der Gouverneur etwa eine Woche vor seiner Abreise aus der Kolonie gab, kam man auch auf den Gesundheitsurlaub Schuckmanns zu sprechen. Dieser verneinte die an ihn gerichtete Frage, ob seine Rückkehr im Bereich der Möglichkeit liege, auf das bestimmteste. Diese Möglichkeit sei ausgeschlossen wegen der großkapitalistischen Politik, die er nicht mitmachen könne, dann aber auch wegen des schweren Vorwurfs, den Staatssekretär Dernburg im Reichstage gegen die Beamten der Kolonie erhoben hätte. Dreißig Jahre, so führte Schuckmann nach diesem Bericht ungefähr aus, diene er seinem Kaiser und habe niemals auch nur einen Verweis erhalten, und jetzt müsse er sich diesen schweren Vorwurf vor der breiten Oeffentlichkeit machen lassen."

* **Der bekannte Kolonialpolitiker Dr. Paul Rohrbach** wird sich in den nächsten Tagen wieder nach Deutsch-Südwestafrika begeben. Dr. Rohrbach ist, wie die „Deutsch-asiat. Korre." mitteilt, von der Diamantminenkammer beauftragt, über die Diamantfrage eine Denkschrift auszuarbeiten; er kennt die englische Diamantpolitik aus eigener Anschauung und wird jetzt sämtliche Diamantfundstellen in Deutsch-Südwestafrika bereisen sowie die wichtigsten anderen, dort neuerdings erschlossenen Erzvorkommen besichtigen und damit das Studium der Absatzfrage für die Farmwirtschaft, der von den Südwestafrikanern verlangten Selbstverwaltung und anderer bedeutsamer Probleme verbinden.

* **Ehrengabe für die Berliner Schutzmannschaft.** Frhr. v. Manteuffel, der langjährige Präsident des preußischen Herrenhauses, hat sich mit einem Schreiben vom 26. März an Mitglieder der Berliner Gesellschaft gewandt, um sie zu veranlassen, sich einem Komitee anzuschließen, das eine Ehrengabe für die Schutzmannschaft vorbereiten will. In dem Schreiben, das als vertraulich gekennzeichnet wurde, jetzt aber vom „Berl. Tagebl." veröffentlicht wird, heißt es:

„Die Berliner Schutzmannschaft steht zurzeit in außerordentlich schweren Diensten. Treue Pflichterfüllung seitens der Beamten wird von einem Teil der Bevölkerung leider mit unerhörten Beschimpfungen vergolten. Selbst die Kinder von Schutzleuten als solche sind den Gehässigkeiten und den Angriffen ihrer Mitschüler ausgesetzt. Demgegenüber ist von vielen Seiten angeregt worden, vorurteilslose und gerecht denkende Bürger möchten sich zu einer Ehrengabe für die Schutzmannschaft als Sympathiekundgebung für diese pflichttreuen Beamten zusammenfinden. Mit Politik, insbesondere mit der Wahlrechtsfrage, hat diese Anregung selbstverständlich nicht das mindeste zu tun."

Trotz dieser Versicherung wird aber das eigentümliche Vorgehen des Herrenhauspräsidenten so gedeutet werden, wie er selbst bereits befürchtet. Qui s'excuse, s'accuse.

* **Postfrachtstücke ohne Wertangabe nach dem Auslande** können von jetzt ab unter denselben Bedingungen und in demselben Umfange, als es bei Postpaketen der Fall ist, gegen eine besondere Gebühr von 1 ℳ bis zur deutschen Grenzausgangspostanstalt als „Dringend" mit allen passeitig benutzten Schnell- und D-Zügen befördert werden.

* **Der viel genannte Posener Güteragent Martin Biedermann,** der noch vor kurzem Meldungen über seine großen Gütergeschäfte an die deutschen Zeitungen sandte, befindet sich in Geldschwierigkeiten. Wie der „Schles. Ztg." aus Posen gemeldet wird, wurde dort das Automobil Biedermanns zwangsweise öffentlich versteigert und brachte 4900 ℳ. Ein Coupé wurde für 300 ℳ verkauft. Daran schloß sich der gerichtliche Verkauf von Möbeln in der Wohnung Biedermanns. Die Versteigerung erfolgte durch den Gerichtsvollzieher Beckmann in Posen, und zwar für mehrere Forderungen, die Biedermann nicht befriedigen konnte und für die die Pfändung erfolgt war.

SLUB
Wir führen Wissen.